

Patronale Politik nach dem Euromajdan: Wie sich die ukrainische Oligarchie neu erfindet

08.08.2017

In Kiew gehen seltsame Dinge vor sich. Im Frühjahr 2017 wurden vor laufenden Fernsehkameras zwei bekannte ukrainische Politiker – Mykola Martynenko, ehemaliger Abgeordneter der Werchowna Rada, und Roman Nassirow, ehemaliger Leiter der ukrainischen Finanzverwaltung – verhaftet. Beide Verdächtigten wurden jedoch schon bald wieder aus der Haft entlassen. Nassirow kam gegen eine Kautions von 100 Millionen Hrywnja frei, die weit unter der staatsanwaltlich geforderten lag. Martynenko wurde gar ohne Kautions wieder entlassen. Solange die Fälle untersucht werden, bleiben beide auf freiem Fuß.

In Kiew gehen seltsame Dinge vor sich. Im Frühjahr 2017 wurden vor laufenden Fernsehkameras zwei bekannte ukrainische Politiker – Mykola Martynenko, ehemaliger Abgeordneter der Werchowna Rada, und Roman Nassirow, ehemaliger Leiter der ukrainischen Finanzverwaltung – verhaftet. Beide Verdächtigten wurden jedoch schon bald wieder aus der Haft entlassen. Nassirow kam gegen eine Kautions von 100 Millionen Hrywnja frei, die weit unter der staatsanwaltlich geforderten lag. Martynenko wurde gar ohne Kautions wieder entlassen. Solange die Fälle untersucht werden, bleiben beide auf freiem Fuß.

Wie ist das zu verstehen? Eine vor Kurzem erschienene wissenschaftliche Untersuchung der politischen Systeme Osteuropas, des Südkaukasus und Zentralasiens stellt eine neue Theorie postsowjetischer Politik vor, die diese und ähnliche Widersprüche in der heutigen Ukraine und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken erklärt.

Was ist Patronalismus und wie funktioniert er?

2015 veröffentlichte der an der George Washington University in Washington D.C. lehrende Politikwissenschaftler Henry E. Hale bei Cambridge University Press eine bahnbrechende Monografie unter dem Titel „Patronal Politics: Eurasian Regime Dynamics in Comparative Perspective“. In dieser umfassenden Untersuchung postsowjetischer Gesellschaft, Wirtschaft und Politik entwickelt Hale eine neue Interpretation der Interaktion von Staat und Gesellschaft in den Nachfolgestaaten der UdSSR. Der Komparativist konzentriert sich dabei insbesondere auf die Rolle und Funktionsweise der Präsidialsysteme, den Einfluss von Oligarchen, die Zentrum-Peripherie-Beziehungen, den Gesetzgebungsprozess und die Medienlandschaften im ehemals sowjetischen Raum (mit Ausnahme der baltischen Staaten).

Als den entscheidenden universellen Grundzug der postsowjetischen Systeme identifiziert Hale die bestimmende Rolle, welche klientelistische Patronagebeziehungen, klanähnliche Netzwerke und deren Rentenabschöpfung in diesen Ländern spielen. Auf diese Weise legt Hale einen verborgenen politischen Systemtyp in den postsowjetischen Staaten offen, in denen sich politische Konkurrenz und Entscheidungsfindung nur in begrenztem Maße in den Handlungen und Erklärungen von staatlichen Institutionen, politischen Parteien, offiziellen Amtsträgern oder zivilgesellschaftlichen Organisationen widerspiegelt. Diese manchmal als „neopatrimonial“ bezeichneten Regime passen nicht in die herkömmliche Typologie politischer Systeme in der westlichen Politikwissenschaft, die zwischen Totalitarismus, Autoritarismus und Demokratie beziehungsweise deren Hybridformen unterscheidet.

In den neopatrimonialen oder, nach Hale, „patronalistischen“ Systemen wird Macht durch den Aufbau und Wettbewerb von informellen, mal verbundener, mal konkurrierenden Patronagepyramiden angesammelt, gesichert und ausgeübt. An der Spitze dieser pyramidenförmigen Klans stehen Patrone, die bedeutende Konzerne, regionale politische Maschinen und/oder einflussreiche staatliche Dienststellen kontrollieren. Die Macht eines Patrons leitet sich weniger aus seiner formalen Position und offiziellen Funktion ab, als aus seiner (seltener: ihrer) Rolle als „Boss“ einer solchen semigeheimen Klanpyramide, die wiederum aus mehreren kleineren Pyramiden mit Unterpatronen und eigenen Klienten besteht.

Üblicherweise infiltrieren solche Korruptionsnetzwerke ein weites Spektrum von gesellschaftlich relevanten

Institutionen – angefangen von Ministerien, Behörden und Parteien bis hin zu Unternehmen, Massenmedien und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Geschlossenheit, Handlungsfähigkeit und Stabilität einer solchen informellen Pyramide wird weniger durch eine institutionalisierte Hierarchie zwischen ihren Mitgliedern bestimmt. Entscheidend sind vielmehr Verwandtschaftsbeziehungen, persönliche Freundschaften und alte Bekanntschaften sowie solch prosaische Aspekte patronalistischer Kooperation, wie quasi-mafiöse Verhaltensregeln, angesammelte Schulden, Vetternwirtschaft, Klüngerei, inoffizielle Transaktionen, kompromittierendes Material oder auch schlichte Angst.

Innerhalb dieser pyramidenförmigen Netzwerke tauschen deren Mitglieder Posten, Geld, Aufträge, Immobilien, Waren, Dienstleistungen, Lizenzen, Drittmittel und Vergünstigungen informell aus. Zwar sind derartige Tauschbeziehungen weltweit zu beobachten, und stellen in gewisser Hinsicht sogar einen Naturzustand sozialer Beziehungen dar. Anders als in Rechtsstaaten, bilden diese Korruptionsnetze jedoch die Grundlage, den Sinn und das Ziel postsowjetischer patronaler Politik. Die verborgenen Klannetzwerke funktionieren nicht nur in autoritär regierten Staaten, sondern auch in nominell demokratischen Systemen. In elektoralen Regierungssystemen sind die Popularität und Wahlerfolge des obersten Patrons (z.B. des Staatspräsidenten) wie auch der regionalen Patrone sogar entscheidende Voraussetzungen für Machtgewinn und -erhalt.

Der Euromaidan als antipatronalistischer Aufstand

Vor diesem Hintergrund überrascht es auch nicht, dass einer der wichtigsten Slogans der antioligarchischen Revolution der Würde 2013/2014 die Forderung „Bandu hetj!“ (Weg mit der Bande!) war. Die Familie und der Freundeskreis des damaligen Präsidenten Wiktor Janukowytschs hat den ukrainischen Staat dermaßen habgierig und gewissenlos ausgeraubt und ihre Kleptokratie derart dreist und brutal verteidigt, dass sich Millionen Ukrainer einem dreimonatigen und letzten Endes blutigen Aufstand gegen diesen Klan anschlossen.

Gleichzeitig gab es aber im Hintergrund des Euromajdans scheinbar auch einige Oligarchen, die den Aufstand von Anfang an unterstützten oder sich später hinter die fortschreitenden Proteste stellten, wie es Hales Theorie patronaler Politik für den postsowjetischen Raum vorhersagt. Die Spannung zwischen dem antioligarchischen Impuls des Euromajdans und seinem Ergebnis wurde offensichtlich, als einer der bekanntesten Oligarchen der Ukraine, Petro Poroschenko, im Mai 2014 zum neuen Präsidenten gewählt wurde – und damit Janukowytsch als Hauptpatron des neopatrimonialen Systems der Ukraine ablöste. Letzterer Aspekt wird dadurch unterstrichen, dass Poroschenkos Präsidentschaftskandidatur auf einem halbgeheimen Treffen in Wien im März 2014 zwischen dem wohl ominösesten ukrainischen Industriemagnaten Dmytro Firtasch und dem damals in Umfragen vorliegenden Witalij Klytschko abgesprochen wurde. Diese Absprache, auf der sich Klytschko bereit erklärte, nicht für das Präsidentenamt, sondern für das Amt des Kiewer Bürgermeisters zu kandidieren, wie auch andere suspekt Ereignisse rund um den Sieg des Euromajdans gaben schon damals Anlass zum Zweifel, ob sich das ukrainische System nach der Revolution der Würde wirklich grundlegend ändern würde.

Zweifelsfrei unterscheidet sich Poroschenko sowohl in seiner Programmatik als auch Regierungsführung deutlich von Janukowytsch. Unter dem Druck der ukrainischen Zivilgesellschaft, westlicher Botschaften und internationaler Geberorganisationen haben Poroschenko und seine beiden Regierungen seit Juni 2014 bedeutende Verwaltungs- und Wirtschaftsreformen vorangebracht. Sowohl in der Innen- als auch Außenpolitik hat sich Poroschenko als der bislang kompetenteste und flexibelste Präsident der jungen Geschichte der unabhängigen Ukraine erwiesen. Relativ erfolgreich führt er das Land durch eine außerordentlich schwierige Zeit, die von einer ausländischen Invasion, tiefen Wirtschaftskrise und fundamentalen Transformationen gekennzeichnet ist.

Innerhalb der ersten drei Jahre seiner Amtszeit konnte die Ukraine bedeutende Erfolge erzielen, wie etwa bei der Reform des Energiesektors, Modernisierung der Streitkräfte und Intensivierung der Beziehungen zum Westen. Die Streifenpolizei – vormals berühmt für ihre Korruptiertheit – wurde umgekrempelt. Die öffentliche Auftragsvergabe wurde transparenter gemacht. Eine schrittweise Dezentralisierung der ukrainischen staatlichen Verwaltung startete im April 2014 und ist bereits weit fortgeschritten. Auch auf anderen Feldern gibt es vielversprechende und bereits laufende Reformvorhaben, so im Gesundheitswesen und Hochschulbereich. In den ersten Monaten von Poroschenkos Präsidentschaft im Sommer 2014 hat die Ukraine das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union abgeschlossen und ratifiziert. Darüber hinaus wurden nach langen Verhandlungen und etlichen Gesetzesnovellen im Juni 2017 Visafreiheit mit den Staaten des Schengenraums erreicht, dank derer

Ukrainer jetzt in großen Teilen Europas für Kurzaufenthalte kein Visum mehr zu Einreise benötigen.

Die paradoxe Vorgeschichte letzterer kürzlicher außenpolitischer Triumphe Poroschenkos illustriert allerdings auch die Risiken, denen die – in manchen Gebieten tatsächlich rapide voranschreitende – Europäisierung der Ukraine weiterhin ausgesetzt ist. Heute wird manchmal vergessen, dass der schlussendliche Text des 2014 abgeschlossenen großen Assoziierungsabkommens mit der EU noch unter Janukowytsch wesentlich ausgearbeitet und schließlich paraphiert wurde. Auch die Umsetzung des gemeinsamen Aktionsplans der Ukraine und EU zur Visaliberalisierung hatte lange vor der Revolution der Würde begonnen. Diese Beispiele zeigen, dass eine streckenweise proeuropäische Politik nicht unbedingt Ausdruck eines aufrichtigen Willens der Regierenden zu einer wirklichen, tiefgehenden und nachhaltigen Europäisierung – im Sinne der Einführung von EU-Standards – sein muss. Als es ihm notwendig erschien, suspendierte Janukowytsch kurzerhand (und kurzsichtigerweise) einfach die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens.

Trotzdem hat Janukowytschs kleptokratisches Regime paradoxerweise eine zeitweilig relevante Rolle im Annäherungsprozess zwischen der Ukraine und EU gespielt. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass der durch und durch korrupte Janukowytsch und seine ebenso korruptierte Mannschaft zeitweilig dazu beigetragen haben, die jüngsten Erfolge der Ukraine auf dem internationalen Parkett vorzubereiten. Das alles hat den sogenannten Donezker Klan freilich nicht daran gehindert, zur selben Zeit einen der größten Ausraubungen von Staatseigentum der jüngsten europäischen Geschichte zu begehen.

In geringerem Ausmaß wiederholt sich diese widersprüchliche Geschichte nun mit Poroschenko und seinem informellen Umfeld. Zwar ist Poroschenkos Patronagenetzwerk bei Weitem nicht so räuberisch und skrupellos wie der Janukowytsch-Klan, aber sein Handeln führt ebenfalls zu scheinbar widersprüchlichen Ergebnissen. Erst erlaubt etwa die Regierung den Behörden, Nassirow und Martynenko zu verhaften – in Übereinstimmung, ja mit enthusiastischer Zustimmung der ukrainischen Zivilgesellschaft (wie auch vieler westlicher Partner). Nur wenig später jedoch werden die Angeklagten – und es geht um Diebstahl von Millionen – gegen geringe oder gar keine Kautions wieder freigelassen, und bislang ist unklar, welche Konsequenzen es letztlich für die beiden mutmaßlichen Korruptionäre geben wird. Solch ambivalente Situationen kann man in vielen innenpolitischen Entwicklungen der heutigen Ukraine beobachten.

Patronalismus und Europäisierung

Aus Sicht von Hales Theorie patronaler postsowjetischer Politik sind solche Widersprüche, Zickzacklinien und Rückzieher wenig überraschend. In einem von Patronage und Klientelismus bestimmten politischen System kann eine erklärt prowestliche Außenpolitik solange mit Korruptionsnetzwerken im Inland koexistieren, wie der Europäisierungsprozess die finanziellen oder anderen bedeutenden Interessen des herrschenden Klans unberührt lässt. Ein patronalistisches Regime kann auch wesentliche Wirtschafts- und Verwaltungsreformen durchführen, solange es ihm dabei gelingt, die Funktionsweise der inoffiziellen Herrschaftspyramide sowie die Hauptquellen seiner Macht, seines Einflusses und seiner Einkünfte intakt zu halten. Dies lässt sich zum Beispiel bewerkstelligen, indem man Reformen suspendiert, deformiert, adaptiert, separiert, isoliert, imitiert, subversiert, diskreditiert oder manipuliert. Gelingt es dem Regime, systemgefährdenden Reformprojekten auf diese oder ähnliche Weise zumindest zeitweilig den Wind aus den Segeln zu nehmen, kann es versuchen, sich an die veränderte Lage anzupassen. Es erhält die Möglichkeit, seine bisherigen Mechanismen zur Abschöpfung von Renten zu modifizieren sowie gegebenenfalls die Struktur der herrschenden Pyramide entsprechend der neuen Gegebenheiten neu zu ordnen.

Spektakuläre außenpolitische Erfolge, wie etwa Poroschenkos jüngste Europäisierungstriumphe, können bei einer erfolgreichen Verwässerung innerer Reformen dem herrschenden Klan sogar von Nutzen sein, da sie das Ansehen und die Beliebtheit des obersten Patrons im In- und Ausland steigern. Das kann wiederum die Legitimität und Stabilität der herrschenden Pyramide erhöhen und damit den Fortbestand der Korruptionspraktiken fördern. Wenn das Patronage- und Klientelsystem auch unter Bedingungen äußerer und innerer Veränderungen überleben kann, stellt es damit seine Beständigkeit und Anpassungsfähigkeit unter Beweis. Die Selbstsicherheit und Widerstandsfähigkeit des herrschenden Klans kann dadurch gestärkt werden.

In den letzten drei Jahren verwandte Poroschenko einen Großteil seiner Bemühungen auf eine solche

Hinüberrettung des patronalistischen Systems in ein neues Zeitalter und eine Imagekampagne zur Befreiung der Ukraine vom Ruf einer postsowjetischen Kleptokratie. Tatsächlich hat sich die Kiewer Regierungsführung teilweise gewandelt, der Staat wurde modernisiert und die Wirtschaft liberalisiert. Allerdings haben diese punktuellen Reformen bisher nicht zu einem grundlegenden Wandel des Systems geführt, das weiterhin von Patronagemechanismen, Klientelismus, Klandenen und Rentenabschöpfung bestimmt wird. Einzelinteressen infiltrieren nach wie vor die Arbeit der Präsidial- und Oblastverwaltungen, des Regierungsapparats, der Staatsanwaltschaft, des Gerichtssystems, parlamentarischer Fraktionen, politischer Parteien und der Medien. Zumindest drängt sich dieser Schluss angesichts der immer manifesteren kürzlichen Regierungsaktionen zur Begrenzung und Weichspülung der offiziell ausgerufenen Antikorruptionskampagne auf.

Die an Fahrt gewinnende Verfolgung von korrupten Beamten wird allmählich problematisch für das Regime, da sie nicht mehr lediglich eine existenzielle Gefahr für die immer noch zahlreich vorhandenen Vertreter von Janukowytschs ehemaligem Donezker Klan darstellt. Unter dem Druck der ukrainischen Zivilgesellschaft, Kiewer Medien und internationalen Entwicklungshilfeorganisationen weiten sich die Reformen allmählich derart aus, dass sie immer häufiger auch Kerninteressen von Schlüsselfiguren, nachgeordneten Patronen und Klienten des Poroschenko-Klans verletzen.

Immer effektivere Antikorruptionsmaßnahmen, regeln und institutionen, die von ungeduldigen ukrainischen Aktivisten und ernüchterten westlichen Botschaften gefordert und gefördert werden, haben eine gefährliche Dynamik entwickelt. Falls sie das patronalistische Regime in der Ukraine weiter untergraben, könnte dies vor den Präsidentschaftswahlen 2019 Poroschenkos Klan im Verhältnis zu anderen Klans schwächen. Im „schlimmsten“ Fall würde es gar den Anfang vom Ende des ukrainischen Patronagesystems insgesamt und die Entstehung eines für die Ukraine neuen politischen Regimes bedeuten, in dem echte politische Parteien einen transparenten Gesetzgebungs- und Regierungsprozess gestalten. Beide Optionen würden das Ende von Poroschenkos Präsidentschaft bedeuten – womöglich sogar noch vor 2019. Es sei denn, Poroschenko würde sich bis dahin doch noch vom Saulus zum Paulus wandeln und selbst an die Spitze der Antikorruptionskampagne stellen. Wenn er sich in den verbleibenden zwei Jahren für einen Übergang zu einer postpatrimonialen Ordnung, die Schaffung eines wirklichen (und nicht vorgetäuschten) Rechtsstaates mit einem tatsächlichen (und nicht inszenierten) Mehrparteiensystem einsetzt, könnte er doch noch zur historischen Figur werden.

Autorisierte Übersetzung aus dem Russischen: [Oliver Ditthardt](#)

Autor: [Andreas Umland](#) — Wörter: 2081



Andreas Umland (1967), Dipl.-Pol., M.A. (Stanford), M.Phil. (Oxford), Dr.phil., Ph.D. (Cambridge) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Euro-Atlantische Kooperation Kiew, Herausgeber der Buchreihe „Soviet and Post-Soviet Politics und Society“, Dozent für Deutschlandstudien an der Kiewer Mohyla-Akademie, Mitglied des wissenschaftlichen Beirates des Europa-Ausschusses des ukrainischen Parlaments, Senior Expert bei WikiStrat und Mitglied des Deutsch-Ukrainischen Forums, Waldaj-Klubs sowie Expertenrates des Komitees für europäische Integration des ukrainischen Parlaments. Beiträge u.a. in „The Wall Street Journal“, „The Washington Post“, „Harvard International Review“, „The National Interest“, „World Affairs Journal“, „Die Zeit“, „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ und „Die Welt“.

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwaltsgesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.